



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P /V/58

9. März 1950

"Niederdeutsche Union" soll gleichschalten

F.A. Die letzte Wahl zur Hamburger Bürgerschaft, die von den bürgerlichen Parteien unter dem Leitgedanken, die "marxistische Front zu brechen", geführt wurde, hat für den "Vaterstädtischen Bund mit einem deutlichen Mißerfolg geendet. Trotzdem haben die geistigen Urheber dieses Wahlblockes, die das Experiment zum Teil gegen den Willen der betreffenden Landesorganisationen durchführten, den Plan nicht aufgegeben, mit Wahlgemeinschaften ein der Bonner Koalition gleichendes Schema in den Ländern zu schaffen. Das Hamburger Experiment soll nach dem Willen von Dr. Adenauer darum bei den nächsten Wahlen in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen noch einmal im großen Stile durchexerziert werden.

Vor etwa zwei Monaten begannen auf höchster Ebene, zwischen Dr. Adenauer, Bundesminister Hellwege und FDP-Vertretern aus Nordrhein-Westfalen (da die FDP in den für den Wahlblock vorgesehenen Ländern ohne Bedeutung ist) Besprechungen über dieses Vorhaben.

Wenig später hatte man sich in Bonn geeinigt: unter dem Namen "Niederdeutsche Union" sollen CDU, Deutsche Partei und FDP nach dem Willen der Parteiführer die nächsten Wahlkämpfe bestreiten.

Das Wahlbündnis zwischen FDP und CDU, das von den Parteinstanzen in den Ländern noch gebilligt werden muß, dürfte lediglich in

Bremen, wo die BVD (FDP) der Gleichschaltungspolitik bereits mehrfach ein energisches Halt geboten hat, auf Widerstand stoßen.

Schwieriger scheint die Einbeziehung der Deutschen Partei in den Wahlblock, denn sowohl die konservativen bäuerlichen Elemente in

der DP als auch der starke nationalistische Anhang, die sich bereits früher gegen die Teilnahme an der Bonner Regierung ausgesprochen hatten, waren bisher nicht gewillt, den Wahlkampf mit der CDU zu bestreiten.

Diese Tendenz war kürzlich bei der letzten Direktoriumssitzung der Deutschen Partei in Hannover deutlich erkennbar und der CDU-

Unterhändler, der frühere Fraktionsführer der CDU im Wirtschaftsrat und jetzige Bundestagsabgeordnete Dr. Friedrich Holzapfel, war

gezwungen, auch den marxistischen Kinderschreck hervorzuholen, um den rechten und linken Flügel der DP grundsätzlich für das Wahlbündnis zu gewinnen. Nun soll ein gemischter Ausschuss ein Aktionsprogramm beraten und anschliessend will man erneut über die "Niederdeutsche Union" abstimmen.

Die "Niederdeutsche Union" kann selbstverständlich nur realisiert werden, wenn es gelingt, in den für den Wahlblock vorgesehenen

Ländern ein Wahlsystem durchzubringen, das Listenverbindung bzw. alleinige Aufstellung von Kandidaten erlaubt. Nachdem Schleswig-

Holstein ein derartige Manipulationen ausschliessendes Wahlgesetz verabschiedet hat, das die CDU als "verfassungswidrig" anklagen

will, steht jetzt eine ähnliche SPD-Vorlage in Niedersachsen zur Diskussion.

Noch ist es nicht abzusehen, ob die "Niederdeutsche Union" Wirklichkeit werden wird, oder ob die Widerstände in den eigenen

Parteien zu gross sein werden. Sie ist jedoch ein weiterer Versuch, um die Wähler zu täuschen.

-o-o-o-

Verschärfter Russenkurs in Österreich

F.Wien, im März 1950.

Russland hat auf die österreichischen Vorschläge über die Bezahlung der "Erbsenschulden" bis heute keine Antwort erteilt. In London erklärte Zarubin, er habe nichts Neues zu berichten. Somit gingen die vier Bevollmächtigten für den österreichischen Staatsvertrag auseinander, ohne einen Termin für die nächste Zusammenkunft festzulegen. In österreichischen politischen Kreisen ist man über diese Tatsachen keineswegs überrascht, zumal man auf die 251. Sitzung ohnehin keine grossen Hoffnungen gesetzt hatte. Aber das Scheitern der Verhandlungen scheint in direktem Zusammenhang zu stehen mit der neuen Politik, die die russischen Besatzungsbehörden seit einigen Tagen in Österreich eingeschlagen haben. Sie hat nicht nur innerhalb der Regierung, sondern auch in der Öffentlichkeit ernste Besorgnisse ausgelöst.

Obwohl sich die Russen im Alliierten Rat hartnäckig gegen eine bessere Ausrüstung und Bewaffnung der österreichischen Exekutive sträuben, verlangen sie von der Regierung, gegen die aus Ungarn einsickernden Flüchtlinge mit allen Mitteln vorzugehen. Die Wiener Regierung soll diese Note zurückgewiesen haben; darüber ist aber weder von österreichischer, noch von russischer Seite eine Bestätigung oder ein Dementi zu erhalten. Zu gleicher Zeit verschärften die Sowjets ihre Kontrollen an den Demarkationslinien und verstärkten die Strassenpatrouillen. Die Zahl der Belästigungen nimmt zu. So wurden in den letzten Tagen auch führende Vertreter der Gewerkschaften, die von Verhandlungen mit den streikenden Bediensteten der Kärntner Landesregierung nach Wien zurückkehren wollten, am Semmering längere Zeit in Gewahrsam gehalten. Auch die russischen Eingriffe in die Justiz nehmen zu.

Ein offener Konflikt zwischen der Regierung und den Russen ist im Zusammenhang mit den niederösterreichischen Landwirtschaftskammerwahlen ausgebrochen. Das russische Besatzungskommando von Niederösterreich teilte der Landesregierung mit, dass das Gesetz vom Jahre 1922 über die Wahlen in die niederösterreichische Landwirtschaftskammer in der jetzigen Form den Auffassungen der Besatzungsmacht nicht entspreche und verlangte eine Umarbeitung. Wie Bundeskanzler Ing. Figl im Ministerrat feststellte, bedeutet dies

eine Verhinderung der für April angesetzten Wahlen. Als Begründung wurde u.a. angeführt, dass die Wiener Randgemeinden, die einen Teil von Niederösterreich bilden, von der Wahl ausgeschlossen seien. Nun bemüht sich die Bundesregierung schon seit Jahren um die Abtrennung dieser Randgemeinden von Wien und ihre Eingliederung in das Land Niederösterreich, um den "Wasserkopf" Wien kleiner zu machen. Sonderbarerweise scheiterten diese Absichten an dem Widerstand der sowjetischen Besatzungsmacht. Die Regierung wird nun dagegen beim Alliierten Rat protestieren.

Auf die Situation in der russischen Zone Österreichs wirft eine kleine Mitteilung ein bezeichnendes Licht. Die bekannte Backpulver- und Nahrungsmittelfabrik Dr. A. Oetker in Baden bei Wien und ihre Zweigniederlassung in Wien erscheinen im Handelsregister auf sowjetischen Befehl nunmehr als russisches Eigentum. Sie sind, wie es in der amtlichen Meldung heisst, "gemäß den Beschlüssen der Berliner Konferenz vom 1. August 1945 der drei Mächte über den Übergang des deutschen Aktivvermögens im östlichen Österreich an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als teilweise Naturalwiedergutmachung des von Deutschland der Sowjetunion zugefügten Schadens... in das Eigentum der UdSSR mit allen Namensrechten übergegangen".

Es ist bekannt, dass die Russen in Österreich nicht nur deutsches Eigentum beschlagnahmten, bis heute verwalten, demontieren und die Erzeugnisse der beschlagnahmten Industrien verkaufen, ohne dass eine österreichische Stelle einen Einblick in die Geschäftsgabingung nehmen könnte. Nun wollen die Russen ihren Ansprüchen auch noch den äusseren Schein der Legalität geben, indem sie das Handelsregister entsprechend ändern. Offensichtlich kommt es den Russen darauf an, möglichst viele neue Trümpfe in die Hände zu bekommen. Mit den Erbsenschulden hat es begonnen. Wie die "österreichische Zeitung", das Blatt der Sowjetarmee, behauptete, seien 1945 an Österreich 92.247 Tennen Lebensmittel geliefert worden, darunter Weizen, Roggen, Mehl, Zucker und Fleisch, aber nur 10.450,2 Tonnen Erbsen. Der Normalverbraucher hat allerdings nur die Erbsen, und zwar in reichlichem Masse und schlechter Qualität genossen. Wer hätte damals geahnt, welcher intimer Zusammenhang mit dem Staatsvertrag später konstruiert werden sollte! Die Erbsen aber, die die österreichische Regierung so gerne bezahlen möchte, sind ein Mittel der russischen Politik geworden. Neunzigtausend - Oder zehntausend Tonnen: so schwer wiegt Österreichs Freiheit in den Augen der sowjetischen Politiker.

Besatzungspolitik für Moskau

sp. Besatzungspolitik ist, niemand wird das bestreiten, ein heikles Gebiet. Ist sie überdies noch mit der Absicht verbunden, das besetzte Volk zu erziehen, dann wird die Kunst des Möglichen zu einem Ding der Unmöglichkeit.

Die Engländer bemühen sich z.Z. mit allen Kräften, eine Besatzungspolitik zu demonstrieren, wie sie unserer Ansicht nach nicht beschaffen sein kann. Sie bringen dabei Männer, die sich wirklich und ehrlich um die Demokratie bemühen, in eine Lage, die mehr als peinlich ist. In einer solchen Lage befand sich der Präsident des Niedersächsischen Landtags, als er nach dem Eindringen englischer Polizei in das Parlamentsgebäude einmal die verletzte Würde des Hauses wahren, zum anderen dabei einen Kommunisten in Schutz nehmen musste, von dem er weiss, dass er zu jeder Stunde bereit ist, die Demokratie an den Bolschewismus zu verraten.

Wie im Vorjahre Max Reimann, so wird jetzt dem noch unbedeutenderen Robert Lehmann ein Märtyrerkranz aufgesetzt, der schwerer wiegt als die Parteilegitimation des Delinquenten. Am unangenehmsten dabei ist, dass man den ärgsten Feinden der Demokratie, den Kommunisten, die besten Argumente dafür in die Hand drückt, sich als Rächer der beleidigten Demokratie aufzuspielen. Dass die Kommunisten davon ausgiebig Gebrauch machen, ist erklärlich; die Folge ist, dass der Zwiespalt, dem Landtagspräsident Olfers sich aussetzen musste, nun auch in das Denken so vieler Menschen getragen wird, die zwischen Demagogie und Wahrheit nicht so gut unterscheiden können, wie man vom Berufspolitiker gemeinhin annimmt.

Dabei wäre alles so einfach gewesen. Man hätte z.B. schon über das Delikt - einen gegen die Demontagen von Salzgitter gerichteten Artikel - zur Tagesordnung übergehen können. Dem Artikel ist ohnedies jede Wirkung versagt geblieben, denn damals waren die enttäuschten Arbeiter von Watenstedt noch immun gegen die kommunistische Demagogie. Dass es heute anders aussieht, ist nicht Herrn Lehmann, sondern der Besatzungsmacht zuzuschreiben. Die Art der Verhaftung hat dieser Politik die Krone aufgesetzt. Es wäre sicherlich für eine so gut organisierte Polizei, wie es die englische ist, eine Kleinigkeit gewesen, Lehmann auf dem Wege vom

oder zum Landtag festzunehmen, wenn man schon soviel Wert auf seine bedeutungslose Person legt. Aber in das Parlament einzudringen, auch wenn es nur das Parlament eines besiegten Volkes ist, und hier Gewalt anzuwenden - das war genau das, was die Kommunisten wollten! Man hat ihnen diesen Gefallen getan.

Die Engländer sind in ihrer Besatzungspolitik nervös geworden. Wären sie es in ihrer Geschichte immer gewesen, dann hätte es kaum 300 Jahre Empire gegeben. (m/2/93/hs)

- 0 - 0 -

O s t n a c h r i c h t e n

Leiter des Strafvollzugs ein Verbrecher

sp. Vor kurzem wurde der frühere Polizeipräsident von Magdeburg, Willi Wallstab, verhaftet. Wallstab war seit einiger Zeit Leiter des Strafvollzugs bei der Regierung von Sachsen-Anhalt. Es war seit langem bekannt, dass Wallstab sich im nationalsozialistischen Zwangsarbeitslager Suedlingen Gefangenemisshandlungen hatte zuschulden kommen lassen und als Kapo Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatte. Die SPD hat wiederholt in Flugschriften auf die kriminelle Vergangenheit dieses Günstlings der Sowjets hingewiesen, bis er gegenüber der aufgebrachten Bevölkerung nicht mehr zu halten war. Der Prozess soll in Kürze stattfinden.

- 0 - 0 -

Sowjetischer Störsender bei Leipzig

sp. Bei Leipzig, in der Nähe des Flughafens Leipzig-Mockau, wurde ein fahrbarer Sender aufgestellt. Es handelt sich offenbar um einen Störsender, da seitdem der Empfang westlicher Sender in Leipzig und Umgebung stark verschlechtert ist.

- 0 - 0 -

Kz-Häftlinge ins Zuchthaus Waldheim

sp. Auch das Zuchthaus Waldheim in Sachsen wurde im Laufe des Februar von den Insassen vollständig geräumt, das bei der Zuchthausverwaltung zivile Personal entlassen. Die Häftlinge wurden nach Zittau transportiert oder, soweit sie die Hälfte der Strafe bereits verbüßt hatten, mit Bewährungsfrist zum Arbeitseinsatz im Uranbergbau verpflichtet. Seitdem wurden in Waldheim mehrere Transporte aus den aufgelösten Konzentrationslagern eingeliefert. Das Zuchthaus steht erneut unter strengster Bewachung. Es wird jedoch angenommen, dass wie im Zuchthaus Gräfentonna eine gemischt deutsch-sowjetische Wachmannschaft aufgestellt wurde.

- 0 - 0 -